

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentl. frei Haus Ausgabe A mit Illustrirter Beilage 12.75,-, Ausgabe B 11.25,- einschließlich Postbeigabebetrag.

Anzeigen: Minnahme von Geldwäschemengen bis **10** Uhr, von Familiennahrung bis **11** Uhr daran. — Preis für die Zeit-Zeitung **1.10** M., im Postkantinen **0.50** M., Familiennahrung **1.80** M. — Gilt unbedingt gleichzeitig, sonst durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Werbes nicht übernommen werden.

Zum Kapitel: Regierung und Presse

Unter dieser Spinnarle schreibt Abgeordneter Paul Hechlein im Organ des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger, dem "Zeitungsvorlag" (Nr. 6 vom 11. Februar) folgendes:

vom 11. Februar) folgendes:

Am 19. Januar d. Jg. ist dem Sächsischen Landtag vom Gesamtministerium der Entwurf eines Gesetzes über Volksabgeheben und Volksentscheid zugegangen. Dieser Entwurf weist nun einen Paragraphen auf, der nichts mehr und nichts weniger als einen Schlag gegen die Bewegungsfreiheit der Presse enthält. Es trifft das die Bestimmungen, die über den „Volksentscheid“ getroffen sind. Der § 18 des Entwurfs lautet folgendermaßen:

„Das Gesamtministerium bestimmt den Abstimmungstag und veröffentlicht ihn und den Gegenstand des Volksentscheides in der „Sächsischen Staatszeitung“. Be trifft der Volksentscheid mehrere Fragen, so wird auch der Stimmzettel bestimmt und veröffentlicht. Die Bekanntmachung ist vor allen Zeitungen des Landes unentgeltlich abzudrucken.“

Es sollen hier also alle Zeitungen des Freistaates Sachsen gezwungen werden, eine amtliche Bekanntmachung ohne jedes Entgegnung zum Abdruck zu bringen, wenn die Abstimmung den Abstimmungstag für den Volksentscheid auslöst. Dass das eine unerhebliche Zuminutung ist, liegt auf der Hand. Diese Zuminutung erfährt aber noch eine deutlichere Verstärkung durch den nachfolgenden § 20 des Gesetzentwurfs, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Kosten für die Stimmzettel, für die Vordrucke zu der Abstimmungsniederschriften und für die Erstellung des Abstimmungsergebnisses, sowie die Kosten der staatlichen Verwaltungsbüroden, der Abstimmungsleiter, der Abstimmungsausschüsse und des Landeswahltauschusses werden von Staate, alle übrigen Kosten von den Gemeinden getragen.“

Wie haben selbstverständlich nichts dagegen, wenn der Staat es für notwendig findet, die Kosten für die Stimmenzettel für die Vortrude zu den Niederhälften, für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses usw., usw., selbst zu tragen und andere Kosten durch die Gemeinden aufzubringen zu lassen. Man muss sich aber fragen, wie denn nun ausgerechnet der Preise zugemutet werden kann, daß sie selbst dann die Kosten für die Vorauswachungen übernehmen soll. Wenn man den eigentlichen Gesetzentwurf durchgesehen hat, erwartet man natürlich, daß der Verfasser des Entwurfs darüber in der Begründung durchschlagende Argumente bringen wird. Das ist aber nicht der Fall. In der Begründung wird zu diesem Kapitel folgendes angeführt:

„Um die Öffentlichkeit über die zur Abstimmung stehenden Fragen in möglichst weitem Kreise zu unterrichten, soll die weitere Veröffentlichung durch alle Zeitungen des Landes erfolgen. Da ein Volksentscheid nicht allen häuslichen Bürgern vorkommen wird, erscheint es als keine unerträgliche Belastung, den Zeitungen den unentgeltlichen Abdruck dieser Begriffe und angehenden Veröffentlichung zur Pflicht zu machen.“

Ich muß gestehen, daß ich noch selten eine so fadenschei-
lige Begründung gelesen habe, wie diese. Es ist aus dieser
§ 19 des Entwurfs und seiner Begründung erkennbar, w-
wenig auch heute noch in manchen Regierungskreisen Verständ-
nis für die Aufgaben der Presse vorhanden ist. Man wird un-
willkürlich erinnert an die Vorgänge in der Kriegszeit, wo ge-
wisse Generalkommandos unter Berufung auf den Kriegsz-
stand einfach die Aufnahme kostenloser Bekanntmachungen be-
fohlen haben. Jahrzehnt ist während des Krieges dieserha-
gekünft worden, ohne daß wesentliche Verbesserungen erzi-
worden sind. Jahrzehnt ist von den zuständigen Instanzen der
Presse betont worden, daß es sich hier um durchaus unver-
täglich Eingriffe handle und Jahrzehnt ist darauf hingerieben
worden, wie denn gerade die Presse dazu komme, ohne jede
Gegenleistung solche Bekanntmachungen zu veröffentlichen. Ein
großer Teil der Militärs in den Generalkommandos hat in dieser
Sicht keinerlei Einsicht gezeigt. Auf der einen Seite wurden
für Heeresaufräge zum Teil unglaubliche Summen ver-
gabt. Auf der anderen Seite aber suchte man durch die koste-
lose Veröffentlichung von Bekanntmachungen in den Zeitungen
am falschen Ende zu sparen. Mildsichtlos gingen gewisse Krei-

auch über die Roßlage mancher Zeitungen hinweg.
Man durfte und mußte annehmen, daß diese Zeit der Ver-
ständnislosigkeit gegenüber den Aufgaben der Presse nun end-
gültig vorüber sein würde. Wir haben ja auch in den letzten
Jahren manche schöne Reden in dieser Hinsicht gehörig. Die
Taten standen allerdings nicht immer im Verhältnis zu den
Worten, die gefallen sind. Ganz nach dem Muster der Ge-
raltkommandos ist es eine deutsche Regierung, die nun mehr ge-
schlich den unentgeltlichen Abdruck von Gefahrntäu-
gen in allen Zeitungen des Landes füllen will. Die Regie-

zung des Freistaates Sachsen findet es ganz selbstverständlich, daß für die Kosten für die Stimmglocken usw. übernimmt; und findet es ebenso selbstverständlich, den Zeitungen ein-Jahrs durch gesetzliches Diktat den Abdruck der Bekanntmachungen aufzubürden. Man hat es anscheinend nicht einmal für notwendig gefunden, Fachleute vorher zu hören, ob die Presse eine solche erneute Belastung tragen kann. Gerade die Begründung des Paragraphen, nämlich, daß ein Volksentscheid nicht allzu häufig vorkommen werde, und deshalb der unentgeltliche Löbend der Veröffentlichungen als keine unerträgliche Burden erscheine zeigt, auf welch schwachen Füßen dieser Paragraph ruht. Daß ein Volksentscheid nicht allzu häufig vorkommen wird ist eine rein subjektive Annahme des Verfassers des Entwurfs. Ein Gericht dafür kann er selbstverständlich nicht übernehmen. Denfalls kann sich die Presse mit diesem Argument nicht zu schieden geben. Darüber hinaus muß die Frage nach aufgeworfen werden, ob es überhaupt angängig ist, einer so bedeutsamen Institution wie der Presse einen fortwährenden Zwang aufzuerlegen. Es besteht die Gefahr, daß dadurch ein Brüderfall geschaffen wird, der von sehr nachteiligen Folgen begleitet sein kann.

Es ist eine alte Geschichte, daß der Appetit mit dem Eifer kommt. Wenn einmal gesetzlich festgelegt ist, daß die Bekanntmachungen wegen des Volldeutschschiedes von allen Heilungen des Landes unentgeltlich abgedruckt werden müssen, kann sehr leicht die hohe Bürokratie auf den Gedanken kommen, auch bei anderen Gesetzen den Zeitungen des Landes solchen unentgeltlichen Abdruck zu gestatten. Auch dieserhalb muß von vornherein gegen einen derartigen Zwang auf das Entscheidende Ersparnis erhoben werden. Wir wollen hoffen, daß der höchstherrliche Landtag den Aufgaben und der Bedeutung der Presse mehr Verständnis entgegen bringt, als wie der Verfasser des Entwurfs und das Gesamtministerium, daß diesen Entwurf dem Landtage unterbreitet hat.

Sie schweigen noch immer!

Wie haben dieser Tage ausschenerregende Mitteilungen über den Spitzelschreiber „Konsul“ Simon und seine Helferhölle gebracht. Wir haben feststellen müssen, daß „Konsul“ Simon ein geschriebenes Mitglied und Vertretermann der Deutschnationalen Volkspartei ist und sich rühmte, der Arrangeur des ganzen gegen Erzberger gerichteten Propaganda und der Informations-Helferreich gewesen zu sein. Die deutschnationale Presse hält sich in ein völliges Schweigen. Diejenige Presse, die den Kampf gegen die Korruption ganz allein auf ihr Banner geschrieben zu haben vorgibt, findet kein Steckenswätzchen dieser haarschäubenden Affäre, die zum Schaden des Reichs und Volkes dem Hauptspießer „Konsul“ Simon 75 Millionen seinen Helferhöhlen 40 Millionen in den Schoß geworfen haben soll. Auch in der sonstigen Presse findet man über diese Dinge nichts. Wir müssen daher noch einmal die Frage stellen, ob es wahr ist, daß man auch unter Ruhilfenaufnahme höherer Betriebe — man spricht von einer Million — es fertig gebracht hat, daß keine Veröffentlichungen darüber erschienen. Wir fragen weiter, ob es zutrifft, daß die Nummer eines Berliner Wochenblattes, in welcher schon ein Artikel über diesen Fall aufgenommen war, aufgekauft und eingestampf wurde? Das einziges deutschnationale Blatt erklärt nun die „Post“, daß Helferreich keinerlei Beziehungen zu dem „Konsul“ Simon, daß die „Post“ selbst als einen Betrüger und Schieber bezeichnet unterhalten habe. Es sei aber natürlich nicht ausgeschlossen, daß Simon an Dr. Helferreich geschrieben und ihm Material gegen Erzberger angeboten habe. Dazu bemerkt die „Gemania“: „Also man kann sich nicht mehr genau erinnern, Simon Material gesandt hat. Aber vielleicht läßt sich noch feststellen, wenn nicht mit Hilfe des Gedächtnisses, so doch unter Benutzung der deutschnationalen Mitglieder- und Kassenbücher, ob der Schwindler Simon Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei gewesen ist. Darüber steht leider nichts der „Post“, wie man denn überhaupt vergeblich nach einer Trennung darüber sucht, ob die von uns behaupteten Beziehungen zwischen Simon und angesehenen Mitgliedern der Partei, in sie in der Ueberlassung von Autos sichtbar zum Ausbruch kommen, sind oder nicht.“ — Es muß allerdings gefordert werden, in diese Maranage solches nicht gebracht wird. — ab.

Kommunistische Vorbereitungen

Die Oldtter der rechtsstehenden Berliner Presse beten von Zeit zu Zeit Enthüllungen über Vorbeziehungen der Kommunisten zum Bürgerkriege. Bloß haben sich diese Enthüllungen zu meist entweder als erfunden oder doch zum mindesten als übertrieben herausgestellt. Allerdings ist anzugeben, daß dieser Enthüllungen zweifellos ein wahres und berechtigter Anhaltspunkt ist. Es liegt uns völlig fern, das Bestehen kommunistischer Umsturzpläne zu bestreiten. Am Gewinnest ist bei keinem Zweifel, daß solche Pläne vorhanden sind und daß die Kommunisten nur auf einen günstigen Augenblick warten, an dem sie glauben, loszuschlagen und ihre Pläne enthalten zu können. Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 18. Februar (Nr. 77) berichtetere Mitteilungen über die Pläne einer kommunistischen „Bürokratengesellschaft“ des Reiches. Nach diesem Programm ist kommunistische Bürokratiegierung des Reiches bereits vollständig durchgesetzt. Im einzelnen ist aus den Mitteilungen der „Deutschen Tageszeitung“ herzabzuleben, daß die oberste re-

lution der Inflation bis zur „anderweitigen Regelung der deutscher Sowjetmacht durch einen Staatskomplex“ die „Reichsregierung“ ist, die aus den „Begleitregierungen“ gebildet wird, die ihrerseits wieder aus den örtlichen Exekutiven hervorgeht. Ein Reichswirtschaftsrat soll das Ausführungsinstrument für alle Maßnahmen und Anordnungen auf innerpolitischen und wirtschaftlichem Gebiete sein. Dieser Reichswirtschaftsrat soll eine Reihe von Kommissionen bilden, die die Propaganda und alle Angelegenheiten des öffentlichen Lebens führen sollen. Am gleichen Tage wie die „Deutsche Tageszeitung“ bringt auch die deutsch-nationale „Post“ Enthüllungen über „Vorbereitungen zum Bürgerkrieg“. Sie behauptet, im Besitz zweier Geheimprotokolle zu sein, aus denen die Absicht und die Vorbereitungen zur Errichtung der Räterepublik in Deutschland klar deutlich hervorgehen.“ Die „Enthüllungen“ beziehen sich in der Hauptzüge auf die Vorbereitungen der Kommunisten in Schlesien. Danach wollen die Kommunisten über alles, was bei den verschiedenen Reichsstellen in Breslau und Oberschlesien vorliegt, genau unterrichtet sein. In die Reichswehr sollen viele in die Sipo seien „so viel wie möglich Senken“ eingeschmuggelt werden. Diese würden beim Loschlagen die Offiziere und Führer verhaften. Auch sollen nach den Enthüllungen der „Post“ die Kommunisten im Besitz von Waffen und Munition seien. In Oberschlesien sei die Organisationsfertigkeit vollständig fertig. Waffenlager sollen unauffällig und allmählich geplündert werden. Wie müssen selbstverständlich beim genannten Blatt die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Mitteilungen überlassen, die übrigens teilweise recht abenteuerlich klingen, teilweise Neues nicht enthalten. Die gleichzeitige Veröffentlichung der angeblichen kommunistischen Pläne in zwei Blättern der Berliner Zeitungsblätter sich immerhin auffällig und rezipiert die Vermutung, daß es sich hier mehr um eine Wahlmaße als um die

Dr. v. Kahr über die Einwohnerwehr

München, 17. Februar. In der heutigen Nachmittags-
sitzung des Landtages waren in Anwesenheit der gesamten
Staatsregierung die beiden Interpellationen der GVPD
und der NSPD, betreffend die Haltung der bayerischen
Regierung zum Pariser Diktat, zur Besprechung.
Ministerpräsident v. Rahr kennzeichnete inantwortung der
Interpellation den Standpunkt der Regierung und der Koal-
itionsparteien dahin, daß die Erfüllung der Pariser Forderungen
die vollständige Versöhnung des deutschen Volkes, insbesondere
der Arbeiterschaft, auf drei Generationen hinaus bedeuten
möchte. Das ganze deutsche Volk in allen seinen Teilen sei sich
darin einig, daß

dortin eing. das diese Vorschläge zuannehmen.

www.elsevier.com

Entwaffnungsfrage

sagte der Niedner, mußte der bayerische Ministerpräsident bei den Berliner Besprechungen über die bayerische Einwohnerwehr an dem bisher eingenommenen Standpunkt festhalten. Die Einwohnerwehr ist in den schwersten Nöten des Staates und des bayrischen Volkes entstanden durch den freien Entschluß des bayrischen Volkes. Sie hatte und hat keinen anderen Zweck, als den des Schutzes der eigenen Person, des Eigentums und der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung des Staates. Niemals noch hat sie ihre Waffen mißbraucht. Alle innerpolitischen Verstümmelungen über ihr wahres Wesen sind ebenso unbegründet wie die Beschuldigungen unserer Gegner, daß sie ihnen als nationalsozialistisch militärisches Kürschneramt im Dienste der Nazis gegefährlich werden könnte. Die Einwohnerwehr wird von selbst verschwinden bei der endgültigen Auflösung des Staates. Heute schon schließen, bis zu welchem Grade es der Fall sein werde, ist schlechthin unmöglich. Somit ist nur, daß heute der Inland noch nicht erfüllt ist, der den bewaffneten Selbstschutz der Haushaltenden Einwohner für

Die Unzufriedenungen der Staatsfeindlichen Elemente dauern unvermindert fort. Zu diesen Begegnen wird immer fortwährend die von außen. Die österreichischen Wähler stehen uns mittelbar vor dem Absturzschrein. Die Gewerken, die Gewerkschaften innehaltenden Gewerken drohen anderen Landeskäfern in gleichem Maße. Angeblich dieser Partei ist die Gewerkschaftswelt nach wie vor eine staatliche Lebensgemeinschaft. Der Gewerkschaftswelt liegen auch hohe ideelle Kräfte die Staatregierung hielten ihrerseits verdeckt oder sehr vorsichtig da. Wenn die bayerische Staatsregierung und die vier risikofreien Koalitionsparteien im Gefühl dieser ungeheuren Verantwortung zu dem Ergebnis gekommen sind, es müsse unbedingt bischöflichen Standpunkt festgehalten werden, so ist es niemandem, der auf politischen Wohlstand hofft, erlaubt, in diese Entschließung etwas anderes als eben dieses Beamtentum einzubringen.

Wortungsgesäß zu erbliden.

Mit Nachdrücklichkeit dienen wir weder uns noch dem Föner. Das gilt nach unserer Auffassung auch von dem Verteilungs-Entwurf und der Auflösung der Einwohnergemeinde. Wir haben es für unsere heiligste Pflicht erachtet, diesen Standpunkt auch der Reichsregierung mit aller Nachdruck nahe zu bringen. Wollte die Reichsregierung zu der Anschauung gelangen, sich diesem Standpunkt nicht anzuschließen zu können, so müßte sie für alle Wahlabschüter auch die Wahlabschüter für sie verantwortlich erklären.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von den Sozialdemokratischen Parteien mit Beifall und auf den Tribünen mit Handclatschen aufgenommen.

Konfessionelle oder weltliche Schule?

Ziel und Aufgabe aller Volksschularbeit ist Bildung des Verstandes und des Willens, Vermittlung der notwendigen Kenntnisse und der notwendigen Erziehung. Niemand wird leugnen wollen, daß heutige Lage, da das Leben an jedem Kindern so große Anforderungen stellt, viele Kenntnisse dem Kind für später sehr nützlich und förderlich sein werden. Das darf uns aber nie und nimmer zu einer Überschätzung der reinen Verstandesbildung führen; denn nicht schon vieles Wissen allein schafft die Erziehung für den Kampf des Lebens, es muß vielmehr als zweiter Faktor eine festgelegte Gerechtigkeit hinzukommen. Der Mensch muß ein Charakter sein, damit er im Erfolg sich nicht überhebt und rücksichtlos über die Interessen seiner Mitmenschen hinwegschreitet, damit er andererseits im Misserfolg und im Leben sich nicht der Verzweiflung überlässt. Wissen vermag hier nicht zu helfen und darum erscheint uns die Charakterbildung mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger als die Verstandesbildung. Wahre Charakterbildung aber ist ohne Religion undenkbar.

Das übernahm Herr Georg Fuchs, Lehrer an der 2. katholischen Volksschule in Leipzig, wenn er in der „Leipziger Lehrerzeitung“ vom 9. Februar 1921 in einem Artikel „Warum auch katholische Lehrer für die weltliche Schule eintreten können und müssen“ und die weltliche Schule schmähen zu müssen suchten.

Herr Fuchs bringt Herr Fuchs für die weltliche Schule vor. „Sie allein ermöglicht im größten Maße durch die Zusammenfassung aller Kinder an einer Schule eine höhere Bildung und eine Bildung nach Begabung“; denn in der Volksschule der Zukunft sollen Klassen geschaffen werden „für die normalen Schüler, Klassen für die, die nicht mit fortlernen könnten und bisher ihnen bleiben mußten — die Eigenbleiber werden in den neuen Schule verschwinden“. Klassen für die Begabteren, wo sie Sprachen lernen, damit sie zu den höheren Schulen übergeführt werden können, und endlich Klassen für die geistig Vermüten, die ganz schwächen.“ Über die praktische Durchführbarkeit dieser Vorschläge wollen wir hier nicht streiten, das überlassen wir den berufenen Pädagogen. Wenn nun aber auch in den Dorfschulen die Anlagen eines jeden Kindes, das begabt ist oder unbegabt ist, so zu enthalten sind, daß es befähigt wird, im Arbeitsstaat der menschlichen Gesellschaft die Stelle einzunehmen und die Aufgaben zu erfüllen, für die es bestimmt ist“ und wenn dies „nur erreicht werden kann durch eine Bildung der Schule nach Begabung“, dann wird das wohl bei etwas gutem Willen auch in den katholischen Schulen möglich sein. Dadem soll nicht vergessen werden, daß wie in den jüdischen Großstädten doch auch große katholische Schulen haben.

Die weltliche Schule ermöglicht eine bessere technische Einrichtung der Schulen; Schaffung von Pausenhallen, Bettenräumen, Werkstätten und entsprechenden Lehrmitteln“. Auch hier gilt wie oben: Wenn es einmal jede Dorfschule ihr Pausenhimmel usw. hat, warum sollte nicht auch eine kleinere katholische Schule es haben können? Es wird wohlbrigend niemand behaupten wollen, daß ohne die erwähnte technische Einrichtung ein wahrhaft löschernder Unterricht unmöglich sei.

Der dritte Grund, den Herr Fuchs für die Abschaffung der katholischen Schulen anführt, „finanzielle Entlastung des Staates und der Gemeinden“, kam hier, wo es um das kostbare Gut der Eltern, die Kinder, geht, nicht maßgebend sein. Es wäre jedenfalls, wenn es sich um andere Dinge handelte, auch nicht angeführt worden.

Was schließlich „die gleiche Behandlung aller“ anlangt, so fordern wir eben aus diesem Grunde die konfessionelle Schule; denn wenn die Dissidenten ihre Weltanschauungsschule, das ist die weltliche Schule, erhalten sollen, so entspricht es nur der Gerechtigkeit, wenn auch christlichen Eltern eine Schule ihrer Konfession gewahrt wird. Wenn dabei einmal Kinder von Dissidenten in einer konfessionellen Schule geben müssen, so trifft die eben dasselbe Lot wie katholische oder protestantische Kinder, die eine weltliche Schule besuchen, weil ihre Zahl zur Gründung einer eigenen Schule nicht ausreicht.

Die Gründe des Herrn Fuchs sind also nicht so durchschlagend, als daß sie uns von der Forderung der konfessionellen Schule abbringen könnten, wir werden vielmehr auch in Zukunft darauf bestehen, uns unseren eigenen Storch zu braten“ — wie sich Herr Fuchs geschmeidig ausschaut.

Selbst auf die Gefahr hin, von Herrn Fuchs die Lüge gegenüber zu werden, denn wenn jeden Tag in katholischen Begegnungen und Versammlungen behauptet wird, die weltliche Schule wolle die Religion rauben, so sind und bleiben, nach seine Ansicht, „diese Behauptungen eine Lüge“, müssen wir doch doran festhalten, daß die religiöse Schule notwendigerweise religiösenfeindlich wirkt. Denen wir uns ein katholisches Kind! Zu Hause und in der Schule hört es: Christus ist Gottes Sohn, in der Schule aber wird Christus mit Konzubius, Buddha und anderen Religionsstiftern auf eine Stufe gestellt. Das muß notwendigerweise im Kinde Zweifel herverursachen und die Autorität des Glaubens ist erschüttert. Das ist ein Beispiel für viele. Jeder weiß ferner, daß es nur wenige Unterrichtsstunden gibt, auf die die Weltanschauung keinen Einfluß ausübt. Die Kenntnisse müssen, das geht nun einmal nicht anders, unter einem bestimmten Gesichtspunkte geprägt werden. Welches wird aber die Weltanschauung der weltlichen Schule sein? Natürlich nicht die christliche, denn sonst brauchten sich ja die Boxkämpfer für die weltliche Schule nicht zu ereifern. Dann würden ja auch, wenn man die christliche Weltanschauung in der Mittelpunkt stellt, bedurft die Kinder der Dissidenten sich geteckt fühlen. Die Weltanschauung der von Herrn Fuchs so warm empfohlenen Schule wird also die materialistische sein müssen. Das aber Materialismus und Christentum unvereinbar sind, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Außerdem ist es in unseren Augen für die weltliche Schule keine Empfehlung, daß sie schon längst eine der wichtigsten Programmsforderungen der Sozialdemokratie ist. Welches Ziel man damit verfolgt, hat vielleicht einmal ungemein ausgeprochen: „Der Religion können wir bloß dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des Einzelnen richtig Meinung sein lassen. Ihm aber Wissen beibringen. Die Schule muß gegen die Kirche mobilisiert werden, der Schulmeister gegen den Pfaffen; richtige Erziehung befiehlt die Religion.“ Wenn man dazu die mündlichen und schriftlichen Ausführungen der Verteidiger der weltlichen Schule aus gewissen Lehrerkreisen über Christentum und Kirche vergleicht, so wird wohl Herr Fuchs es christlichen Eltern nicht übernehmen können, wenn sie Bedenken haben, ihre Kinder jenen Ergebnissen in weltlichen Schulen anzutreffen. Damit soll durchaus keinem Lehrer zu nahe getreten werden, unsere Ve-

sorgnis geht nur aus der bekannten Tatsache hervor, daß niemand, auch wenn er schon wollte, aus seiner Unkenntnis dauernd ein Held machen kann.

Herr Fuchs besteht sich bei seinem oben dargelegten Gründen für die weltliche Schule nur auf die Verstandeshilfung, auf die Erziehung der Kinder geht er nicht ein. Wir können aus seinem Artikel nicht erkennen, ob er die weltliche Schule mit oder ohne Moralunterricht meint. Doch das tut nichts zur Sache, wie müssen diese Schule abrücken; denn in ersten Falle würde sie sich überhaupt nicht um die stiftliche Bildung der ihr unterstehen kümmern, und im zweiten Falle wäre es ein Versuch mit unangemessenen Mitteln. Die Moral ohne Gott — und eine solche muß sie in der weltlichen Schule schon wegen der Dissidentenkinder sein — entbehrt jeglicher Begründung. Es fehlt ihr die leiste unumstößliche Autorität, die allein klare Richtlinien für das stiftliche Handeln abgeben kann. Alle notwendigen Motive aber werden gegen die nun einmal im Herzen wurzelnde Selbstsucht nichts auszurichten vermögen. Hier kann nur das Christentum mit seiner übernatürlichen begründeten Moral helfen. Das gilt im besonderen auch für die staatsbürgertlichen Pflichten. Pestalozzi, dem man gewiß ein sachmäßiges Urteil nicht absprechen kann, schreibt: „Der Glaube an Gott ist die Quelle alles. Vater und Bruder sind der Mensch, die Quelle aller Gerechtigkeit.“ (Abendstunde eines Einsiedlers, n. 127). Und bei Goethe, auch einem unbedächtigen Zeugen, findet sich das Wort (an Fal Schloss): „Ich muß gehorchen, selbstlose Charakter dieser Art ist in meinem ganzen Leben nur da gefunden zu haben, wo ich ein festgegründetes, religiöses Leben fand, ein Glaubensbekenntnis, das einen unumstößbaren Grund hatte, gleichsam auf sich selbst ruht, nicht abhängig von der Zeit, ihrem Geist, ihrer Wissenschaft.“ Wie befinden uns also in einer Gesellschaft, wenn wir die Erziehung auf Grund des Glaubens an Gott den Vorzug geben. Besonders abschreckend ist der „Erfolg“, den man in Frankreich seit 1882 mit der weltlichen Schule und dem Moralunterricht erreicht hat. Nach Dr. W. Koerster ist die Entwicklung der weltlichen Schule in Frankreich ein lehrreiches Beispiel dafür, daß der bloß der Vernunft funktionierende Moralunterricht schließlich zur Auflösung der Moral führen muß. (Autobiographie 1910, Seite 116.) Man vergleiche dazu das Urteil des Mäisters Georg Bonjean vom Tribunal in Paris: „Die Frage der Verbrechen bei unserer Jugend deutet auf Leben und Tod unserer Nation. Frankreich geht zugrunde mit diesen unermächtigen Geschlechtern. Die religiöse Erziehung ist ohne Zweifel der Hauptfaktor dieser Verküpfung.“ (Siehe „Tag“ vom 22. Oktober 1907.) Solche Zeugnisse lassen sich nicht mit einem Achselzucken abtun.

Selbstverständlich war es uns im Rahmen einer Zeitung, artikels umständlich, die Gründe gegen die weltliche Schule erschöpfend darzustellen, doch schon aus Vorstehendem wird man erkennen, daß katholische Eltern für ihre Kinder katholische Schulen verlangen müssen und auch in Zukunft auf Grund des anstehenden Reichsschulgesetzes verlangen werden.

Auf einiges aber möchten wir noch hinzufügen: Herr Fuchs spricht in seinem Artikel von Missständen, „die er als Lehrer beobachten konnte“. Er wird sich damit gewiß das Lob allererer erwerben, die immer die Insuffizienz der katholischen Schulen behauptet haben, und zu seiner Genugtuung in nächster Zeit wohl auch oft als Kronzeuge dafür dienen werden, das ändert aber nichts daran, daß man Missstände, wenn sie sich schon irgendwo zeigen sollten, nicht ohne weiteres verallgemeinern darf. Eine weit dantendwärtige Aussage wäre: es jedenfalls, an ihrer Abstellung kräftig mitzuwirken.

Durchaus falscher Ansicht aber ist Herr Fuchs, wenn er meint, die konfessionelle Schule rufe „dem Lehrer die Gewissensfreiheit und verfüge ihn zur Lüge und Scheine“; die weltliche Schule aber garantiere ihm die staatsbürgertlichen Rechte und erlaube ihm, wahr zu sein. Weder katholische Eltern, noch die katholische Kirche haben irgend ein Interesse daran, daß ein Lehrer, der im Herzen mit dem Glauben gebrochen hat, die diplomatische Klugheit besitzt, die Werke für sich zu behalten“. Wir haben vielmehr den schärfsten Wunsch, er möge die Konsequenzen ziehen und an die Schule gehen, die ihm erlaubt, „wahr zu sein“! Herr Fuchs spricht von dem „außerlich beschiedenen, fast mit Null zu bemessenden religiösen Erfolg der katholischen Schulen in der Diaspora“. Aber selbst wenn der religiöse Gewinn wirklich so gering wäre, wie Herr Fuchs angenommen beliebt, so ist er jedenfalls immer noch gefährlich, an ihrer Abstellung kräftig mitzuwirken.

Doch katholische Eltern ihre Kinder in höhere protestantische Schulen schicken, hat seinen Grund einfach darin, daß katholische höhere Schulen wegen der geringen Zahl der Schüler in Sachen fast unmöglich sind. Das Ideal der katholischen Kirche ist selbstverständlich auch die konfessionelle höhere Schule. Wenn sie aber in Ausnahmefällen den Beifall nichtkatholischer höherer Schulen erhält, so ist das für katholiken noch längst kein Grund, die konfessionelle Volksschule, wo sie möglich ist, widerstandlos aufzugeben. Auch auf den Spott des Herrn Fuchs hin: „Man könnte auch den katholischen Christen etwas mehr Selbstvertrauen erwecken, sonst daß man das kann, daß man nicht überredet, gesprochen werde, daß man aber den letzten Windhauch für seinen Bestand fürchte“, werden die Katholiken nicht von ihrer Pflicht der Verteidigung der konfessionellen Schule ablassen. Gewiß werden die Befürchtungen der Eltern den kleinen Petri nicht überreden, auch nicht Herr Fuchs mit der „Leipziger Lehrerzeitung“, doch wird er die Katholiken wohl nicht für so töricht halten, daß sie in der weltlichen Schule ihren Kindern die Religion nehmen lassen.

Herr Fuchs wendet sich in seinem Artikel in erster Linie an seine Kollegen aus dem Lehrerstande. Wenn hier die Antwort auf seine Ausführungen vom Standpunkt katholischer Eltern gegeben wurde, so gefällt das, weil auch die Lehrer meistens als Eltern für die religiöse Erziehung ihrer eigenen Kinder zu sorgen haben, weil es katholischen Eltern nicht gleichgültig sein kann, was aus der Schule gemacht wird und weil schließlich katholische Eltern und Lehrer sich über die Notwendigkeit katholischer Schulen durchaus einig sind. Es fällt uns nicht ein, den Kindern der Dissidenten ihre Weltanschauungsschule versagen zu wollen, dann verlangen aber auch wir auf Grund desselben Rechtes für uns die konfessionelle Schule, und zwar als konfessionelle Schule in Hinsicht auf Kinder, Lehrer, Unterricht und Welt der Erziehung. Wenn jedoch konfessionelle Schule nicht behagt, der mag in die weltliche gehen. Da aber es ist, desto lieber kann es den katholischen Eltern und Erziehern in weltlichen Schulen angeworben werden, unsere Ve-

Ein Nachtrag zur Rede Dr. Simons

Berlin, 17. Februar. Zu der letzten Rede des Außenministers Dr. Simons in Kürschnerei veröffentlicht das ATW nach Vorliegen des amtlichen Textes einen Nachtrag, der besonders Ausführungen des Ministers über die Folgen einer Ablehnung in London biligt.

Dr. Simons führt aus:

Die Briten haben sich ungeheure Rätsel während des Krieges erneut gelassen. Sie sind enttäuscht, daß sie nun von der Hand in den Mund leben müssen, und erwarten, daß Deutschland ihnen künftig Hilfe geleistet. Sie greifen dabei weit über das hinaus, was Deutschland innerhalb der Grenzen seiner Kraft leisten kann. Allerdings ist auch in ihren Forderungen schon ein Rückgang zu bemerken. Ursprünglich forderten sie weit mehr als 260 Millarden Goldmark. Sie schänden in Vouloire über schon ihre Forderungen zurück und sind jetzt wiederum gegen die Vouloire-Beschlüsse zurückgegangen, allerdings nicht ohne andererseits ihre ganze Hoffnung auf die Ausfuhrabgabe zu sezen. Sie werden in beiden Punkten die.

Rechnung ohne den Wert gemacht haben.

Denn es wird ihnen nicht gelingen, von uns diese Wechsel auf die Ruhm zu erhalten. Es wird in London unsere Ausgabe leichter befreite Wege zu suchen.

Die Lösung

lann mir darin bestehen, daß man die ganze Welt an den Sanierung mit beteiligt. Durch unsere Arbeit müssen wir den Goldgebern Sicherheiten stellen. Unsere Vorschläge für die Londoner Konferenz müssen innerlich durchdrückt und praktisch durchführbar sein. Sie müssen aber so durchdrückt und durchführbar sein wie sie wollen, ich sehe der Londoner Konferenz trotzdem wenig optimistisch entgegen. Das Unheil ist geschehen. Die Summen sind genannt. Damit ist die Unvereinbarkeit des deutschen und des gegnerischen Standpunktes vorgelegt. Es ist daher möglich, ja sogar durchaus wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in den ersten Versuchen kein Ergebnis zeitigt. Was wird aber dann gegeben? Zunächst wird der Tatbestand so sein, wie vor der Pariser Konferenz. Eine Vereinigung ist gescheitert, alle gestellten die Bestimmungen des Vertrages von Versailles weiter. Man muss und also zum 1. Mai 1921 die Summe dieser Schadensersatzansprüche der Gegner mitteilen und Entscheidung treffen, in welcher Art die Bezahlung zu befreien hat. Die Reparationskommission muß dann von Zeit zu Zeit prüfen, ob es Deutschland möglich ist, die Abzahlungen zu leisten.

Die Reparationskommission hat ja bereits 40 Milliarden Goldmark in Bonds am 10. Januar 1919 erhalten.

Sie hat aber damit nichts anzfangen können. Weiterhin 40 Milliarden werden auf Wunsch der Reparationskommission demnächst aufgegeben. Es ergibt sich, daß man sich über diese Bonds ein ganz falsches Bild gemacht hat. Man hat in Frankreich eine Finanzierung damit anbahnen wollen. Das ist aber unmöglich. Denn zu viel Bestimmungen stehen dem entgegen. Keine Finanzmacht der Welt kann auf diese Bonds Geld geben. Sie sind keine genügend starke Unterlage für eine Finanzierung. Man kann sie nicht kontinuierlich verwenden. Es heißt Katastrophenpolitik treiben, wenn wie die Pariser Beschlüsse in London anerkannt würden. Denn wie könnten sie nur annehmen, indem wir doch bestimmt mit unserem Konkurrenz rechnen, oder wir müssen darauf hoffen, daß über kurz oder lang ein Umsturz eine Umwandlung der politischen Ordnung in Europa einsetzen werde. Es ist nicht unsere Aufgabe, auf eine von beiden Lösungen vorzugeben. Wir brauchen nicht erst einen neuen Krieg. Denn wir haben genug Blut geopfert.

Unser Weg kann uns nur durch Ruhe und fachliche Arbeit dahin bringen, daß wir den Ansprüchen der Alliierten gerecht werden können. Auf diesem Wege liegt aber die Ablehnung der Pariser Beschlüsse. Wollen wir nach London gehen, so müssen wir uns klar über die Folgen sein und festhalten an dem, was wir einmal für richtig erkannt haben. Unbedingt nötig ist, daß über allen Sorgen und über allen Drohungen die

Einheit des Reiches

gesetzt bleibt. Die Pariser Beschlüsse würden in ihrer Konsequenz zur Verstärkung der Reichseinheit führen. Sie laufen auf dauerndes Burkeidungen alles deinen hinaus, was wie in gemeinsamer Arbeit erzeugt haben; Haber, Streit, Widerstand würden überdrückt, die Reichseinheit würde zerstört, wenn man die Pariser Beschlüsse annimmt. Würden man sie nicht an, so kommen die

Sanktionen.

Sie laufen auf ein Untaten der deutschen Einheit hinaus. Jedes Bestreben das dahin geht, deutsche Stimme von einander zu reißen, ist ein Attentat auf die Versöhnung. Ich habe bei meiner Reise das Gefühl gehabt, daß dieses Attentat auf den einmütigen Widerstand der deutschen Bevölkerung stoßen wird. Je mehr man an der Reichseinheit herumhämert, desto sicher wird man sie schwächen. Lassen Sie mich nach London gehen mit dem Gefühl, daß diese Einheit durch nichts zerstört werden kann.

Dann werden Sie mir die Kraft und den Mut geben, das Reich zu sagen, das mir mein Gewissen und das Reich vorschreibt.

Die deutschen Kohlenlieferungen

Paris, 17. Febr. Die deutschen Kohlenlieferungen für Januar belaufen sich auf 1.081.906 Tonnen; davon wurden 1.069.078 Tonnen Frankreich zugestellt, 208.012 Tonnen Italien, 274.696 Tonnen Belgien, 180.218 Tonnen Dagebürg. Die Kriegsleistungskommission hat am 29. Januar eine längere Ausführung über die Kohlenlieferungen gefordert, auf die die deutsche Regierung bei Durchführung der Kohlenlieferungen steht. Diese Ausführungen unterliegen zuerst einer genauen Prüfung durch das Komitee mit der Kommission. Die Deutschen werden von der Kommission angefordert werden, sobald das genannte Kohlenamt seinen Bericht zu Ende geführt haben wird. Dieser Berichtung, die wahrscheinlich in den ersten Tagen des Monats März stattfinden wird, wird sich jedoch nur mit der Feststellung der von Deutschland im Monat April 1921 zu leistenden Kohlenlieferungen befassen, während keinerlei Veränderungen des für Februar und März festgelegten Zahl in Frage kommen.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag

(Gegenbericht des „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 18. Februar. Der König von Schweden hat den schwedischen Gesandten in Berlin ermächtigt, Verhandlungen mit der deutschen Regierung über einen vollständigen Handelsabkommen zwischen Schweden und Deutschland zu führen. Der Handelsvertrag läuft am 16. März ab.

Deutschland und Holland

Gegenbericht des „Sächs. Volkszeitung“)

Hamburg, 18. Febr. Wie verlautet, steht der Ausführung des deutsch-holländischen Kreditabkommen nun nicht mehr im Wege. Wahrscheinlich wird noch Ende dieser Woche die Kreisbank-Gesellschaft gegründet werden. Sämtliche Schwierigkeiten sind ebenfalls beigelegt.

Die Rallindustrie

Berlin, 17. Febr. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands verhindert über die Verhandlungen in der Rallindustrie eine Beschränkung, der wie folgendes entnehmen: Über die Rall in der Rallindustrie sind zwischen den Betriebsherrn und Arbeitnehmern Verhandlungen statt, die zu keinen befriedigenden Ergebnis führen. Von beiden Parteien wurde die angestrebte härtere Lage der Rallindustrie anerkannt. Die Arbeitnehmer erklärten sich zu ihrer Verbesserung bereit, wenn vorher die seit Monaten laufende Lohnfrage geregelt würde. Die Arbeitgeber erklärten, daß

noch dem Schwinden der Aussicht auf Breiteröffnung ihres nicht anders übel bleibe, als durch Verabredung der Schärfsten die Unwirtschaftlichkeit der Industrie zu vertilgen. Von Arbeiterseite wird auf der Reichskonferenz der Arbeitnehmer über den Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet werden.

Revolution in Russland?

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 18. Februar. Obwohl eine bewaffnete Intervention in Russland zum mindesten als vertragl. bezeichnet werden muss, hat jetzt, wie gemeldet wird, wieder ein weißrussischer Oberführer den Plan gefasst, die Sowjetregierung zu vertreiben und als Führer des russischen Reiches in den Kreml einzuziehen. Es ist dies der bekannte Kosakenfürst Turov, der an der türkisch-russischen Grenze eine Reiterarmee von mehr als 100 000 Mann aufgestellt hat und dem sich bereits eine Reihe antikommunistischer Bewegungen angegeschlossen haben. Er steht aber auf entschiedenen Widerstand bei der russischen Regierung, da diese befürchtet, daß die Truppen Turovs ihr rechtes Gebiet als Operationssbasis benutzen würden. Die deutsche Regierung hat ihn daher aufgefordert, seine Truppen zu entwaffnen, während sie eine Expedition gegen ihn entsenden würde. Auch in Sibirien flammen die gegenrevolutionären Bewegungen wieder auf. General Semanoff hat einen Aufstand erloschen, in dem er mittelt, daß er den Oberbefehl über die weisse Armee im fernsten Osten übernimmt, worauf der japanische Oberkommandierende in Vladivostok sofort seine Neutralität erklärt.

Seit Sonnabend steht keine direkte Nachricht mehr aus Petersburg vor, doch bestätigt es sich, daß schwere Kämpfe zwischen kommunistischen Truppen und gegenrevolutionären Parteien sich abspielen. Das Stadtbüro von Petersburg befindet sich in der Hand der gegenrevolutionären. Drei tschechoslowakische Divisionen seien nach Petersburg abmarschiert und die Stadt wiederholt vom Süden her beschossen worden.

Die Orientfrage

Paris, 17. Febr. Morel Guilm schreibt im Echo de Paris: Hohe Persönlichkeiten hätten ihm gesagt, angeföhrt der verschiedenen Standpunkte in der Orientfrage habe es den Anschein, daß die Londoner Konferenz nur die Delegationen von Konstantinopel und Ankara tören werde, um Übereinkünfte einzulegen, die neue Vorstöße vorbereiten sollten. Die Entwicklungen werden also wahrscheinlich aufgeschoben. — Die deutschen Vorstöße in der Orientfrage würden von den Forderungen der Alliierten in folgender Grade abweichen, daß Frankreich nicht zurückweichen werde. Ministerpräsident Briand werde sich an den Grenzen des Abkommen von Paris halten. Wenn die Deutschen mit einem telegraphischen Telegramm verlassen würden, sei anzunehmen, daß die wahlähnlichen Unterhändler nach Paris zurückkehren werden, und daß Ministerpräsident Briand unverzüglich das Parlament unterrichten werde. Man lasse die Möglichkeit ins Auge, daß die englischen Freunde die Sanktionen nicht sofort lösen lassen würden, die im Abkommen von Paris vorzusehen seien. Wenn England beispiellose Weit angreife von den Kolonialnahmen eines großen deutschen Kaiserreichs für den Anfang beginne, hande auf einer industriellen Großstadt zu legen, die für die Kohlelieferung für Bayern und andere deutschen Staaten in Frage kommt, dann würden die Deutschen sich wohl die Sache überlegen, und ohne Zweifel nach London zurückkehren um auf der Grundlage zu verhandeln, die sich den vorher Dispositionen anpassen.

Nach London

Paris, 18. Februar. Der griechische Ministerpräsident Makariosopoulos ist mit elf Mitgliedern der griechischen Abordnung nach London gereist. Die Konstantinopeler Delegation für London, bestehend aus dem Großwesir Demir-Pasha und dem Vertreter des Türk in Muhammed-Ali-Pasha sowie 12 Beamten, Kaufmännigen und Sekretären, traf heute früh mit dem Orientzuge in Paris ein und wurde von dem türkischen Vertreter in Paris sowie von einem Vertreter des französischen Ministerpräsidenten empfangen. Ohne daß die Delegation den Zug verließ, erfolgte nach Eintritt des Zuges mittags die Weiterfahrt nach London.

Paris, 17. Februar. Nach einer Haadabteilung aus Konstantinopel ist dort das erste Telegramm von Mustapha Kemal an den Großwesir veröffentlicht worden. Darin wird gezeigt: Ein wirkliches Ergebnis könne in London nur erzielt werden, wenn die türkische Abordnung durch die Nationalversammlung von Ankara bestimmt sei. Die türkische Regierung in Konstantinopel kann daher für diese Abordnung bestimmen, die Ausführungen und Belege zur Befriedigung der Rechte und der Forderungen des türkischen Volkes beibringen würden. Um Hilfe der Weigerung der türkischen Regierung werde die Nationalversammlung von Ankara in voller Freiheit handeln und die Verantwortlichkeit für diese Weigerung werde von der Regierung von Konstantinopel getragen werden müssen.

Die nervösen Granaten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

London, 18. Februar. Die französische Militärbehörde in den besetzten Gebieten hat den Zeitungen verkündet, die Proteste gegen die vorher Beschlüsse fortzusetzen und bereits einer Reihe von Männern wegen ihrer sogenannten Ketzerei Verweise erteilt und mit einem Erscheinungsverbot droht.

Die Stärke der sächsischen Truppen

Berlin, 17. Februar. Über die Stärke der im Dezember 1920 im besetzten Rheinlande befindlich gewesenen sächsischen Truppen wird berichtet: Insgesamt betrug die Zahl der sächsischen Truppen einschließlich 24000. Das Hauptkontingent stellen die Marodanner, Alzeyer und Arbeiter mit zusammen 19500; ihnen folgten die Tunster mit 2800 und die Wadagener mit 1400 Mann. Die anderen sächsischen Räte waren mit geringeren Ziffern vertreten. Es steht zu bestreiten, daß mit dem Eintreten des vorherigen Jahreszettels neue sächsische Truppen die des deutschen Winters wegen in wärmere Landstriche umgesiedelt worden waren, in unserem armen besetzten Rheinlande ihren Eingang halten werden.

Grenzausperrung in Oberschlesien

Berlin, 17. Februar. Die interalliierte Regierungskommission in Oppeln gibt bekannt, daß sie bei der polnischen Regierung Schritte unternehmen habe, um zu erreichen, daß wichtige Wohnungen zur strengen Überwachung der Grenze auf polnischer Seite getroffen werden. Die polnische Regierung ist auf diese Anregung eingegangen und hat die erforderlichen Anweisungen zu ihrer Verwirklichung gegeben. Mit der Auflistung der Grenzposten ist bereits begonnen worden.

Eine amerikanische Spende

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Köln, 18. Februar. Der Bischof von Köln hat vom Erzbischof von Chicago ein Kabeltelegramm erhalten, daß eine Liebesgabe von 50 Millionen Pfund Mehl für die Notleidenden in Deutschland geschickt werden sollen. Gleichzeitig hat der Erzbischof von Chicago angefragt, ob die deutsche Regierung den nötigen Schiffszug helfen könne. Sowohl der Reichskanzler als auch der Reichsminister für Arbeit und Sozialordnung haben dem Adlner-Erzbischof unter bestarker Anerkennung der katholischen Kirche der Katholiken Nordamerikas telegraphisch mitteilen lassen, daß der notwendige Schiffszug umgehend zur Verfügung gestellt werden soll.

Empfang des rumänischen Gesandten
(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 19. Febr. Der Reichspräsident hat gestern den königlich-rumänischen Gesandten Konstantin Nano zur Entgegnahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfang war in Vertretung des Kultusministers des Deutschen, des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt und von Handel zugegen.

Riesenabschleppungen

Berlin, 17. Febr. Die Abschleppungen von Dampfschiffen ins Ausland werden von Bundespolizeiamt beim Ministerium des Innern eingehalten und haben zu zahlreichen Verhaftungen an verschiedenen Flüssen und Seen geführt. H. a. wurde ein Häcksler der kleinen Außenhandelsfirma für Chemie namens Riesfeld und seine Amtsverordneten Friederich Raben festgenommen. Diese hatte mit dem Kaufmann Reinhard in Charlottenburg die American Chemical Products gegründet. Beide bezeichneten eine umfangreiche Faktur von Dampfschiffen. Die Abschleppungen begleitete Riesfeld. Eine Bewilligung aus dieser Quelle wurde in Holland mit falschen Stempeln der Eisenbahndirektion verliehen. In Köthen führte der frühere österreichische Komrat Dr. Leibarowski die notwendigen Geschäfte. Ein großer Teil der Beschuldigten befindet sich in Haft.

In Frankfurt wurde vor kurzem der Kaufmann W. Rothschild wegen Verschiebung von Chemikalien nach Holland dem Richter vorgeführt. In dieser Angelegenheit wurden im Hamburger Hafen große Mengen von Chemikalien und Metallwaren beschlagnahmt. Wegen ähnlicher Schleppungen, in die Beamte der Kolonialindustrie Mitteldeutschlands verwickelt sind, befindet sich der Kaufmann Sattler im Berliner Untersuchungsgefängnis. Auch gegen die Firma Koos u. Co. in Berlin schwebt ein Verfahren wegen verdorfter Ausfuhr von Chemikalien nach Amerika auf Grund gefälschter Ausfahrtserlaubnisse. Die in Frage kommenden Werte gehen in die Millionen. Die hinterzogenen Ausfuhrgabungen sind entsprechend hoch.

Bericht auf das Handelsmonopol

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 18. Febr. Die Nationalversammlung hat am 10. September 1919 ein Handelssteuergesetz beschlossen, in dem die Einführung eines Handelsmonopols für Handelswaren vorbereitet ist, das spätestens am 30. März 1921 in Kraft treten sollte. Wie es heißt, wird das Reichsfinanzministerium auf Grund der angefohrten Beziehungen eine Gesetzesänderung in Vorschlag bringen, durch die auf das Monopol verzichtet und bestimmt wird, daß Handelsländer lediglich einer Verbrauchsabgabe unterliegen sollen. Die Schätzungen haben ergeben, daß die Einführung eines Monopols eine einmalige Ausgabe von 801 400 000 Mark erfordert machen. Auch gegen die Firma Koos u. Co. in Berlin schwebt ein Verfahren wegen verdorfter Ausfuhr von Chemikalien nach Amerika auf Grund gefälschter Ausfahrtserlaubnisse. Die in Frage kommenden Werte gehen in die Millionen. Die hinterzogenen Ausfuhrgabungen sind entsprechend hoch.

Der Steuerabzug

Berlin, 17. Febr. Im Reichsfinanzministerium ist eine Denkschrift festgestellt worden, die als Grundlage für die Ausarbeitung eines Gesetzwurfs dienen soll, auf Grund dessen für alle Angestellten der Betriebsräte (Beamte, Angestellte und Arbeiter) grundlegend der zehnprozentige Steuerabzug als allgemeiner Steuerabzug für Einkommen aus dem Arbeitsdienst zu gelten hat und darüber hinaus ein Restbetrag nicht zur Abwendung gelangen soll.

Die Erwerbslosenfürsorge

Berlin, 17. Februar. Der Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums für die produktive Erwerbslosenfürsorge nahm heute einen Dringlichkeitsantrag an, demzufolge der Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung dringend erachtet, die Errichtung der zum Zwecke eines Umbaus der Erwerbslosen in eine Arbeitsfürsorge in Auslastung genommenen Reichsaufträge und die Verteilung der vorgezeichneten Mittel dringlich zu beauftragen, doch der grohe Arbeitslosigkeit in Süddeutschland genügt werden kann. In der Erörterung, die von einer Einigung der Gewerkschaften ausging, wurde mitgeteilt, daß die Reichsbahnverwaltung, die Post und andere Behörden zweitl. Reichsaufträge in Höhe von 16 Milliarden in Aussicht genommen haben.

Erhöhung der Zuckersteuer

Berlin, 17. Febr. Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichstag einen Vorschlag zur Abänderung des Zuckersteuergegesetzes vorgelegt. Die Abänderung soll statt 14 Mark von jetzt ab 100 Mark für 100 Kilogramm betragen. Das Reichsfinanzministerium rechnet mit einer Mehreinnahme aus der Zuckersteuer von rund einer Milliarde. Gegenwärtig ergibt diese Steuer nur rund 200 Millionen Mark.

Weimar in Rot

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 18. Februar. Aufgrund des Streites der städtischen Arbeiter ist die Stadt Weimar ohne Gas und Wasser und Elektricität.

Aus dem sächsischen Landtag

Der Landtag nimmt am Dienstag den 22. Februar 1921 nachmittag 1 Uhr seine Vollziehung wieder auf. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: 1. Erste Beratung über die Vorlage Nr. 16, den Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Stempelsteuergegesetzes vom 12. 1. 1909 betreffend; 2. Zweite Beratung über § 8 der Vorlage Nr. 8 über einen Kochtag zum Finanzgesetz auf das Geschäftsjahr 1920; 3. Zweite Beratung über den Antrag des Abg. Ebert (Kom.) und Genossen auf Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule; 4. Zweite Beratung über den Antrag des Abg. Böerner (Dnat. Vp.) und Genossen, die Neuwahlen vom Stadtverordneten und Gemeindevertretern betreffend; die Wiederholungsabstimmung der Abg. Beutler (Deutsch. Vp.) und Lüng (D. Vp.) hierzu.

Meldungen aus Sachsen

Sachsen fordert Erhöhung der Brotration. Wie wir von unterschiedlicher Seite erfahren, wird Sachsen auf der bevorstehenden Konferenz der deutschen Ernährungsminister in München eine Erhöhung der Brotration fordern. Sachsen ist seitens gesetzlich für Beibehaltung der Brotrationswirtschaft auf dem Gebiete der Brotratgeberförderung. Bei einer etwaigen Abänderung des Systems, die, wie erinnerlich, bereits auf der Dresdner Ernährungskonferenz im Januar angekündigt wurde, fordert Sachsen, daß kein Gleitende, das durch das geplante Umlageverfahren nicht erfaßt wird, auf eine bestimmte behördliche Stelle zum Marktpreis abgestellt werden, der natürlich höher sein wird als der Preis für das Umlagegetreide. Vermöglich steht außerdem eine neue Erhöhung des Getreidepreises an, ergründen. Sie werden voransichtlich den Vorschlägen der Industriekammer entsprechen, die vor einiger Zeit veröffentlicht und — dementiert wurden. Es sind also Preise von 2050 M. für Roggen und 2250 M. für Weizen zu erwarten, wobei Steigerungen gegenüber dem jetzigen Preis um etwa 50 Prozent. Sollten diese Vorschläge auf der Münchner Konferenz angenommen werden, so wird, wie wir weiter an ausständiger Stelle erfahren, Sachsen beantragen, daß auf keinen Fall der Brotpreis erhöht, vielmehr die Mehrlisten vom Reich übernommen werden. — Werner kommt auf der Münchner Konferenz auch die Regelung der

Marktfeldwirtschaft zur Verhandlung. Hierzu fordert Sachsen, daß Maßnahmen getroffen werden, um eine Wiederholung der Unzuträglichkeiten zu verhindern, die sich im vorigen Jahre gezeigt haben. Die sächsische Regierung denkt dabei vor allem daran, daß die Einfuhr außersächsischer Kartoffeln unbedingt gesichert werden muss. Die Frage der Regelung der Kartoffelpreise selbst wird in München noch offen bleiben, da man erwartet, daß sie übersehen will, ehe man sich an die Lösung dieser schwierigen Frage heranwagt.

— Aus den Gebäuden der sächsischen Landesstelle für Textilforschungsverein kommen demnächst einige Tausend verschiedene breitflägige Männeranzüge zur Versteilung, die für den freien Verkauf bestimmt sind und ohne Preiszahlungsfestsetzung an jedermann abgegeben werden dürfen. Einzelhändler, die sich um Verkauf dieser preiswerten Anzüge zu beteiligen wünschen, müssen ihren Verkauf beim Reichsleiterlager Dresden, Trompeterstraße 14 oder beim Reichsleiterlager Chemnitz, Zwingerstraße 55, sofort anmelden.

— Pirna. Vergangenen Dienstag war die erste Sitzung des neuen Pirnaer Stadtverordnetenparlaments. Die 10 Abgeordneten, die 3 Mehrheitssozialisten und 2 Kommunisten und der eine Kriegsbeschädigte hatten sich zu einer gründlichen Mehrheit vereinigt und traten mit 2 Stimmen Mehrheit den 14 Bürgerschaften gegenüber. Während im letzten Sitzung die Bürgerlichen die Vorsteherin im Rathaus zur Stärke der einzelnen Fraktionen verteidigt hatten, übte die neue Mehrheit diese Mächtigkeit nicht. Ein Vorsteher wurde der Unabhängige Schmid, zw. zweiter Vorsteher der mehrheitssozialistische Lehrer Höhfeld und 2. Vizevorsteher der Kommunist Schlegel. Da den sächsischen Schulbeamten wurde je ein Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Demokraten, der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen gewählt.

— Leipzig. Um beunruhigende Nachrichten entgegenzutreten, teilte das Leipzigische Reichamt mit, daß nur auf wenigen Bautstellen die Bauten heute vormittag für einige Stunden in den Ausstand getreten sind, der dann aber sofort beigelegt wurde. Die Bauarbeiter haben an keiner Stelle eine vollständige Unterbrechung erfuhrten. Die Leipziger Trübblahmstraße ist in seiner Weise gescheitert.

Aus Dresden

— Die Dresdner Handelskammer ersucht das Wirtschaftsministerium, dafür einzutreten, daß der Transitzlagerverkehr von Eisenbahnen durch die Eins- und Ausfahrtkontrolle nach Südeichsen befreit werde, was allerdings nicht so weit führen dürfte, daß Veredelungsbetrieben der sächsischen Industrie gefährdet würde. Es wurde darauf hingewiesen, daß somit die große Gesamtbestehe, daß die Transitzlager dem deutschen Handel verloren gingen. Außerdem sei aber auch nicht recht einzusehen, warum die inländischen Transitzlager unter eine Ein- und Ausfahrtkontrolle gestellt werden sollten, da in den Freihafengebieten schon längst ein freier Transitzlager besteht und die inländischen Transitzlager noch dieselbe Ausgabe zu erfüllen hätten wie die Freihäfen. Auf eine gerichtliche Anfrage erwiderte die Handelskammer, daß nach Handelsbrauch bei dem Vorbehalt „freizuliegen“ allein der Lieferant und dieser nur zur Aufhebung des Liefervertrages, nicht aber zur späteren Erhöhung des Preises bejagt sei. Hierzu wurde es noch einer besonderen Vereinbarung bedürfen.

— Das Reichsbankdirektorium hat der Handelskammer Dresden mitgeteilt, daß zur Überhebung des Mangels an Hundertmarktscheinen demnächst höhere Mengen der neuen Scheine ausgegeben werden.

— Eine Versammlung des Allgemeinen Mietbewohnervereins beschäftigte sich mit den Richtlinien zur Mietpreisbildung. Es wurde eine Enthaltung angekommen, in der es so lautet: Die Versammlung billigt die Richtlinien zur Mietpreisbildung. Sie erwartet vom Rat und vom Mieteingangsamt, daß die berechtigten Ratsberatungen, die der Allgemeine Mietbewohnerverein als Vertreter der Mietbewohnerschaft aufgestellt hat, erfüllt haben. Die Versammlung lehnt es ab, fortsetzende Steinerhöhungen ohne Gegenleistungen aufzunehmen. Sie fordert deshalb grundsätzlich und unbedingt ein Mietzimmers- und Kontrollrecht.

— Die Dresdner Werke zur Aufhebung des § 218. Die Gesellschaft für Natur- und Heilkunde und die physikalische Gesellschaft in Dresden haben sich in einer Erklärung an den Reichstag gewendet, die sich gegen den bestandskranken Antrag der Mehrheitssozialisten auf Aufhebung des § 218 richtet.

Geschäftliches

Neues Bankgeschäft in Dresden. Unter der Firma Giechhammer & Söder haben die Herren Bauer, Max Giechhammer (bislang Prokurist der Firma S. Mitterhofer) und Bankdirektor Friedrich Söder (bislang hauptverantwortlicher Direktor der Dresdner Handelsbank) unter Beteiligung zweier Kommanditisten, Bölkstraße 28, ein Bankgeschäft errichtet.

Geschäftsbüronahme. Paul Gruber früher angestellt im Hotel Europäischer Hof, hat am 1. Februar das altenbekannte Hotel Schönholzerhof, Kreisstraße 5, übernommen. Das gekaupte Hotel ist vollständig neu vorgerichtet.

Verantwortlich: Für den reaktionellen Teil: Friedrich Göring; für den liberale: Peter Schröder. — Druck und Verlag der „Expona-Buchdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Dresdner Kurse vom 18. Febr. 1921

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

Deutsche Staatspapiere	Brasil.-Aktien
8 Reichsanleihe 67,00G	8 Jürgens 1

Volksverein für das kath. Deutschland Dresden - Johannstadt.

Sonntag den 20. Februar abends 1/2 Uhr
in Hammers Hotel (Kleiner Saal)

Versammlung.

Vortrag des hochw. Herrn Pater Langer über
„Christliche Gedanken über Volk und Völkerband“.

Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen!

Katholischer Bürgerverein, Dresden

Mittwoch, den 23. Februar 1921
abends 1/2 Uhr im kathol. Gesellenhaus, Käufferstr. 4

36. ord. Generalversammlung

TAGESORDNUNG:

1. Jahresbericht für 1920.
2. Kassenbericht und Richtigesprechung der Vereinskassenrechnung für 1920.
3. Bericht des Bücherverwarts.
4. Neuwahl des ersten Vorsitzenden und der satzungsgemäß ausscheidenden übrigen Vorstandesmitglieder, der Ausschüsse usw.
5. Anträge.

An alle Mitglieder richten wir die dringende Bitte, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Der Vorstand.

Kathol. Frauenbund (Zweigverein Dresden).

Montag den 21. Februar
abends 6 Uhr im kath. Gesellenhaus,
Großer Saal

Tee - Abend

(Musikalische Vorträge, Theater, Teobühne).

Programm zu 2 Platz — zugleich Eintrittskarte — abends an der Kasse zu entnehmen.

Gäste willkommen!

Volksverein für das katholische Deutschland Ortsgruppe Dresden - Neustadt.

Apologetische Vorträge

Dienstag d. 22. Februar „Euer Gottesdienst sei vernünftig“

Dienstag den 1. März „Der ganze Mensch muß glauben“

Dienstag den 8. März „Ein herrliches Erbe“.

Sämtliche Abende umrahmt von musikal. Darbietungen.

Abende Punkt 1/2 Uhr im „Ballhaus“, Bautzner Straße 35.

Redner an allen Abenden:

Der hochwürdige Herr Oblaten-Pater B. Langer.

Eintritt frei!

Erscheinen aller Mitglieder unseres Vereins und der Gemeinde ist Pflicht!

Der Geschäftsführer.

Ortsverband der kathol. Vereine Dresdens.

Die satzungsgemäß

General-Versammlung

des Ortsverbandes der katholischen Vereine Dresdens findet am

Donnerstag den 24. Februar abends Punkt 8 Uhr

im Grünen Zimmer des katholischen Gesellenhauses, Käufferstraße 4, statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht;
2. Beratung von Anträgen;
3. Neuwahl des Vorstandes;
4. Allgemeines.

Anträge bitten wir bis spätestens den 21. Februar dem Vorsitzenden, Ludwig-Richter-Straße 5, zukommen lassen zu wollen.

Um vollzählige Teilnahme an der Versammlung bittet

Der Vorstand des Ortsverbandes der katholischen Vereine Dresdens

Paul Heßlein.

Volksverein für das kath. Deutschland Ortsgruppe Dresden - Pieschen.

Montag den 28. Februar abends 1/2 Uhr
im kleinen Saale bei Watzkes, Leipziger Straße

Versammlung.

Redner: Hochwürden Herr Dr. Jakubasch

Warum brauchen wir den Volksverein?

Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder bittet

Der Geschäftsführer.

Kath. Verein Dresden-Strehlen.

Sonntag den 20. Februar abends 7 Uhr
in der „Goldene Krone“

Vortrag

des Oberkantors Abtscho.

Ein erster Antrag.

Witwer vom Lande, Alter 60, mit eigenem Heim, sucht eine alleinstehende Lebensgefährtin von gutem Charakter, katholisch, in den 50er Jahren. Offerten unter „M. G. 278“ an die Geschäftsstelle d. VL erbten. [365]

Auflösung unseres Betriebes veranlaßt mich and zweitlig

Stelle zu suchen

als Haushaltshilfe, Bürodiener, Postkraft usw. Rauktion kann gelegt werden. Es ist zum 1. April oder früher. Off. unter „M. G. 279“ an die Geschäftsstelle d. VL erb. [363]

Kräftiges Mädchen

aus armer Familie, welches Ostern die Schule verläßt.

sucht Stellung

in kath. Haushalte. Offerten unter „M. G. 277“ an die Geschäftsstelle d. VL erb. [361]

Junges kath. Fräulein sucht

einfach möbl. Zimmer in Dresden.

Offert unter „M. G. 276“ an die Geschäftsstelle d. VL erb. [360]



Die überraschenden Wirkungen der Elektrotherapie

bei Ischias, rheumatischen und Nerven-Erkrankungen usw. müssen auch Sie kennen lernen durch Verlagen der kostengünstigen Druckschriften oder durch eine Probebehandlung.

G. Wohlmut & Co., A.-G.

Dresden-A., Bürgerwiese 22.

(Haus Diana-Bad).

Beachten Sie bitte unsere Ausstellung im Schaufenster von Albert Götz, Dresden-Neustadt, Hauptstraße 17, oder nehmen Sie Probearbeiten, welche in unserer Behandlungszimmer durch Krankenschwestern vorgenommen werden.

Generalvertreter für Amts-

